

5.10 Königsweg für die Unterstützung der Working Poor

Von Beat Kappeler NZZ am Sonntag, 3.4.11

Eines der grössten Sozialprogramme der Welt hilft den Working Poor, gibt ihnen fast bedingungslos Bargeld und stiftet erst noch zur Arbeit an. Nach der Kapuzinerpredigt letztes Mal gegen das «bedingungslose Grundeinkommen» folgt hier der Heilsweg. Dieses glaubwürdige und zielführende Sozialprogramm läuft in den USA seit über 20 Jahren als Steuergutschrift für Wenigverdiener und heisst im Original «Earned Income Tax Credit». Über 20 Mio. arme Familien profitieren, und der Bundesstaat gibt dafür etwa 36 Mrd. \$ im Jahr aus.

Der Check kommt vom Steueramt, nach der Steuererklärung, und die Berechnung läuft so: Einem Haushalt mit zwei Kindern wird das erarbeitete Einkommen bis zu 12 500 \$ im Jahr mit dem Check automatisch um 40% aufgestockt. Das macht bei 12 500 \$ selbst verdientem Einkommen zusätzliche 5000 \$ aus. Setzen sich die Mitglieder des Haushalts stärker ein und verdienen mehr, bleiben ihnen diese 5000 \$ Zustupf erhalten. Bei 16 500 \$ selbstverdientem Einkommen erreicht das gesamte Einkommen also 21 500 \$. Erst bei einem eigenen Verdienst über 16 500 \$ werden für jeden weiteren verdienten Dollar 21% vom Zustupf abgezogen.

Damit nimmt der Zustupf ab, aber die Familie hat doch weiterhin jedes Interesse, noch mehr Arbeit zu suchen und anzunehmen, weil die «Steuer» auf diesem weiteren Einkommen nur 21% ist - um so viel werden die Mehreinnahmen abgebaut. Ganz mathematisch fällt mit diesem Abzug von 21% die Stützung bei 40 300 \$ selbst verdientem Einkommen auf null. Dann beginnt - wenn der Haushalt noch mehr verdient - die aktive Steuerpflicht beim Bundesstaat.

Für Haushalte mit mehr Kindern sind die Tarife grosszügiger, für Einzelpersonen weit geringer. Der Haushalt darf natürlich kein grosses Vermögen haben, wenn es über 3000 \$ jährlich abwirft, gibt es kein Geld.

Für Leute, die überhaupt nichts verdienen oder die als Arbeitslose ausgesteuert sind, bieten die USA ebenfalls Hilfe, allerdings karg und auf einige wenige Jahre im ganzen Leben beschränkt.

Die Lehren aus diesem System sind aber beherzigenswert - der Automatismus, den viele mit dem Grundeinkommen in Europa wollen, ist gegeben, aber nur, wenn man zu arbeiten beginnt. Ausserdem haben die Unterstützten an jedem Punkt ihrer Karriere ein Interesse, sich weiter einzusetzen. In den USA sollen so Millionen in den Arbeitsmarkt zurückgefunden haben und etwa 5 Mio. Familien dadurch den Armutsbereich überhaupt verlassen haben.

Alle angelsächsischen Länder bieten solche Systeme des Einkommenszuschusses an. Sie sind pragmatisch und nutzenorientiert. Überhaupt wollen überall die meisten Armen sich betätigen - und werden so zusätzlich belohnt.

Diese US-Lösung kontrastiert nicht nur mit dem hierzulande schwärmerisch geforderten Grundeinkommen für alle, sondern auch mit der real existierenden Sozialhilfe. Denn im Grundsatz fällt die Sozialhilfe um jeden Franken, den die Unterstützten wieder selbst verdienen - eine «Steuer» von 100%.

Die paar Franken, die sie für solchen Arbeitsaufwand behalten können, sind kein Anreiz. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe weigert sich, von diesem System abzurücken. Sie müsste dann nämlich die Unterstützungen an Nichtarbeitende oder Wenigarbeitende stark senken, sonst könnte sie den Armen nicht wie in den USA für selbstverdiente Franken noch viel belassen.

Lieber weibelt man in manchen Kreisen mit übertriebenen Zahlen von Working Poor herum. Ein Zuschusssystem hingegen würde diese Wenigverdienenden aus der Armut heben. Der Gang zum Schalter im Sozialamt würde für sie entfallen. Für die arbeitsunfähigen oder ganz ausgesteuerten Sozialfälle würde es weiterhin eine Sozialhilfe brauchen, die auch berät und eingliedert. Das ist auch in den anderen Ländern so.

Wenn manche mit einem allgemeinen Grundeinkommen die vielen Zweige der Sozialversicherung ersetzen wollen, dann kann ein Zuschusssystem einiges davon leisten. Es kann viele Sozialhilfefälle auffangen, die Subventionen an die Kassenprämien ersetzen, die Steuerrabatte für Berufsauslagen und sogar die Direktzahlungen an die Bauern.

Man hätte dann freie Landwirtschaftspreise für die Konsumenten, und arme Bauern bekämen den Zustupf. Ausserdem hätten sie stets Interesse an mehr eigenem Verdienst. Und all dies ohne Regulierungen und Bürokratie. Auch die Förderung kleiner und neuer Selbständiger würde mit dem Check für Wenigverdiener abgehakt. Sie würden anfangs gestützt, und wenn die Gewinne steigen, läuft der staatliche Zustupf aus. Kratzen sie aber stets am unteren Rand, hören sie mit der Zeit wieder auf und nehmen eine Stelle an.

Oder sollte man eher nationale Mindestlöhne einführen, um arme Arbeitende zu vermeiden? Gerade die schweizerischen, wie die amerikanischen Verhältnisse raten davon ab. In den USA leben nur 30% der Bezüger des Mindestlohns (6.50 Fr. pro Stunde) in armen Familien. Die Bezüger von Mindestlöhnen sind überwiegend Studenten, Berufseinsteiger, Zusatzverdienende der Haushalte, kurzfristig Immigrierte. Haushalte beziehen in allen Ländern meist mehrere Einkommen oder Teileinkommen. Ein einzelner minimaler Lohn muss selten eine Familie allein durchtragen, wie die Initianten für einen Mindestlohn in der Schweiz glauben machen.

Der arbeitsanreizende Check für Wenigverdiener ist besser als die gängige Sozialhilfe, als nationale Mindestlöhne; er ist der echte Gegenpol zum allgemeinen Grundeinkommen.